

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/175

13. September 1976

Strauß gefährdet die Bürgerrechte

Agitation ohne Rücksicht auf den freiheitlichen Rechtsstaat

Von Dr. Hans de With MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
der Justiz

Seite 1 / 39 Zeilen

Scharfmacher suchen Stoßdämpfer

Der Ruf nach Gegen-Schießbefehl hagelt CDU/CSU in  
den Wahlkampf

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 2 und 3 / 59 Zeilen

"Tag der Heimat" 1976

Haben solche Veranstaltungen noch einen Sinn?

Von Walter Haack  
Vizepräsident des Bundes der Mitteldeutschen

Seite 4 und 5 / 55 Zeilen

Über alles Trennende hinweg

Fazit einer politischen Reise nach Warschau

Seite 6 und 7 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 400  
Pressesaal 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 20 37 - 38  
Telex: 08 89 846-46 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

**Strauß gefährdet die Bürgerrechte**  
-----

**Agitation ohne Rücksicht auf den freiheitlichen Rechtsstaat**

**Von Dr. Hans de With MdB**

**Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz**

Panikmache, Angstpropaganda und kalkulierte Hysterie sind seit jeher das politische Handwerkzeug des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Wo es um die Innere Sicherheit geht, versucht er die natürliche Furcht vor Kriminalität zu schüren und Krisen herbeizureden. In der Wahl seiner Mittel ist Strauß nie zimperlich gewesen. Jetzt aber hat er mit einer bössartigen Verdrehung Tatsachen gefälscht und durch eine Lüge Richterschelte betrieben und ein rechtsstaatliches Verfahren diffamiert.

Wovon ist die Rede? Im ZDF diskutierte Strauß mit einem Münchner Bürgerforum. Dabei behauptete er, der Anführer der Terroristen von Entebbe/Uganda sei "ein bekannter Terrorist" gewesen, "der in Paris verhaftet worden ist wegen Beteiligung an einem Sprengstoffattentat, wegen der Beteiligung an der Ermordung von drei französischen Polizeibeamten. Kommt nach Deutschland, weist einen festen Wohnsitz nach, wird vom Richter freigelassen". Strauß zieht daraus den Schluß: "Alles was gesucht wird, war schon einmal in Haft. Und alles ist wieder auf Grund einer völlig falschen Auslegung des rechtsstaatlichen Begriffs dann wiederum in die Freiheit entlassen worden."

Die Rede ist hier von Wälfried Böse. Er wurde am 25. Juni 1976 in Paris mit einem gefälschten Ausweis auf den Namen Axel Klaudius aufgegriffen und zwei Tage später in die Bundesrepublik abgeschoben. Bei seiner Vernehmung vor dem Haftrichter in Saarbrücken gab Böse die Urkundenfälschung zu. Nach dem damaligen Erkenntnisstand und auf Grund der Verhältnismäßigkeit konnte er jedoch nicht in Untersuchungshaft genommen werden. Die Ermordung von zwei französischen Beamten durch den international gesuchten Terroristen "Carlos", zu dem Böse Kontakt hatte, geschah erst am Tag der Abschiebung Böses in die Bundesrepublik.

Unrichtig ist deshalb die Behauptung, daß Böse damals ein "bekannter Terrorist" gewesen sei. Unrichtig ist, daß er in Paris wegen Beteiligung an einem Sprengstoffverbrechen verhaftet worden sei. Unrichtig ist, daß er sich an der Ermordung der zwei französischen Beamten beteiligt habe. Und falsch ist, daß der Saarbrücker Vernehmungsrichter Böse auf Grund "einer völlig falschen Auslegung des rechtsstaatlichen Begriffs" freigelassen habe.

Bei dem CSU-Vorsitzenden erscheint das als Methode. Er biegt offensichtlich Tatsachen zurecht, um zu einer für seine Zwecke dienlichen Auslegung von Recht und Gesetz zu kommen. Das ist das Gefährliche an ihm. Denn dadurch wird nicht nur das politische und geistige Klima in unserem Land verschlechtert. Strauß bewirkt damit den Abbau des freiheitlichen Rechtsstaates und gefährdet den Schutz der Bürgerrechte. (-/13.9.1976/bgy/pr)

+ + +

### Scharfmacher suchen Stoßdämpfer

Der Ruf nach Gegen-Schießbefehl hagelt CDU/CSU in den Wahlkampf

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Er will durch den Bundesgrenzschutz an der innerdeutschen Grenze zurückschießen lassen; nachzulesen in einer Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und in einer Meldung der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vom 6. August 1976. Jetzt - am 11. September 1976 - versucht er laut Mitteilung eines Rechtsanwaltes in München, seine fatale Forderung mit Hilfe einer Einstweiligen Verfügung aus der Welt zu schaffen. Der Veranstalter beider Vorgänge ist der CSU-Bundestagsabg. Dr. Fritz Wittmann, der immerhin als Sprecher für Rechtspolitik der CSU-Landesgruppe firmiert.

Da sich auch ein Rechtspolitiker der Opposition - Wahlkampfzeiten nicht ausgeschlossen - an Tatsachen halten sollte, oder andernfalls daran erinnert werden muß, erscheinen zunächst die folgenden Zitate angebracht:

1/ In der Pressemitteilung Nr. 251/1976 der CSU-Landesgruppe vom 6. August hieß es: "Die abschreckende Wirkung der Tätigkeit der Zentralstelle in Salzgitter, die zur Strafverfolgung bei späterer Flucht des Schützen in den Westen oder eines Tages nach der Wiedervereinigung führt, reicht offensichtlich nicht aus. So muß der Bundesgrenzschutz wieder Befehl zum Feuerschutz gegenüber den Terroristen Ost-Berlins erhalten."

2/ Unter dem gleichen Datum berichtete die Deutsche Presse-Agentur (dpa) ergänzend: "Auf Anfrage wurde von der CSU-Landesgruppe dazu erläutert, Wittmann spreche sich damit für ein 'Zurückschießen' aus, falls dies im Rahmen des Feuerschutzes erforderlich sei."

In den darauffolgenden Tagen und Wochen wurde der nominelle Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Dr. Helmut Kohl, zu wiederholten Malen öffentlich

auf diese Äußerungen hingewiesen und ersucht, sich von Wittmanns Forderung nach einem Gegen-Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze zu distanzieren, weil sie in der Konsequenz der DDR einen Vorwand für einen Bruch des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin liefern und die Gefahr eines dritten Weltkrieges mit dem erneuten Ausgangspunkt Deutschland heraufbeschwören könnte.

Als gut drei Wochen nach dieser Ungeheuerlichkeit aus dem Munde Wittmanns und des vergeblichen Wartens auf ein klärendes Wort aus der Führungsspitze der Union die SPD die totale Verantwortungselosigkeit der auf totalen Wahlkampf programmierten Opposition in der Deutschland-Politik ins öffentliche Bewußtsein hob und damit auf eine breite Solidarität der Vernunft bei den Bundesbürgern traf, versucht nun Dr. Kohl in der Rolle des Biedermanns wieder einmal die heuchlerische Flucht nach vorn anzutreten: Er empört sich künstlich über die Feststellung des Bundeskanzlers, daß es in den Reihen der CDU/CSU Brandstifter gibt, die in der angestrebten Regierungsverantwortung tatsächlich zurückschießen lassen und damit einen neuen Weltbrand auslösen könnten.

Es ist bezeichnend für die schlimme Verfassung der Opposition, daß der "Erfinder" des Gegen-Schießbefehls erst um "Rehabilitierung" bemüht ist oder dazu veranlaßt wurde, nachdem die Meinungs- und Motivforscher die Unergiebigkeit und das wahlpsychologische Risiko bei der Ausnützung des Kalten-Krieges-Schauplatzes ermittelt haben. Die reichlich späte juristische Aktion des CSU-Abg. Dr. Wittmann, die ihren Adressaten, den SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner, erst am Montag offiziell erreicht hat, soll dem immer tiefer in die Verstrickung der Scharfmacher und damit in die Unglaubwürdigkeit geratenden offiziellen Kanzler-Kandidaten aus der Klemme helfen.

Die Einzelweilige Verfügung aus München ist jedoch in den Wind geschossen. Es bleibt dabei: Wer wie Strauß und sein Kanzlerkandidat mit dem Feuer spielt oder wie der CSU-Abg. Dr. Wittmann zurückschießen lassen will, der spielt verantwortungslos mit unser aller Sicherheit. Ihnen kann nur eine Antwort zuteil werden: Wir sind das Schießen satt in Deutschland!

(-/13.9.1976/va/pr)

+ + +

"Tag der Heimat" 1976  
-----

Haben solche Veranstaltungen noch einen Sinn ?

Von Walter Haack

Vizepräsident des Bundes der Mitteldeutschen

Wenn in diesen Tagen der "Tag der Heimat" in der Bundesrepublik Deutschland begangen wird, stellen sich viele Deutsche die Frage: Welche Bedeutung kommt ihm heute, mehr als 30 Jahre nach der Vertreibung und Flucht von vielen Millionen Menschen zu? Aus diesem Anlaß erscheint es notwendig, Sinn und Zweck dieses Tages noch einmal zu überdenken.

Die Geschichte Europas liest sich streckenweise wie eine Aneinanderreihung von Unrechtstaten und Gewaltakten. Denken wir dabei an die Verbrechen des NS-Regimes, die Millionen Menschen den Tod brachten. Auch die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, schreckliche Folge des vom NS-Regimes entfesselten Zweiten Weltkrieges, war ein Unrecht, das eine Flut menschlichen Leids mit sich brachte. Materielle Werte lassen sich ersetzen, und hierzulande ist mit dem Lastenausgleich, der Entschädigung für Verfolgte und der Sozialgesetzgebung der Versuch unternommen worden, auf diesem Gebiet vieles gutzumachen. Ein anderes Problem ist der Verlust der Heimat. Was ist aber die Heimat? Für die Älteren ist sie der Ort, die Gegend, wo sie aufgewachsen sind, wo oft jahrhundertlang ihre Vorfahren gelebt haben und von wo sie vertrieben wurden oder geflüchtet sind. Für die Jüngeren ist Heimat ein Ort in der Bundesrepublik Deutschland, wo sie zur Schule gegangen, groß geworden sind, und wo sie jetzt all die Bindungen und Beziehungen haben, die die Väter und Mütter "zu Hause" hatten.

Anlässlich des vor kurzem begangenen 25jährigen Bestehens der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten wurde der Europatag unter das Motto "Menschenrechte - Deine Rechte" gestellt. Der frühere SPD-Bundestagsabg. Ernst Paul, langjähriger Vorsitzender des Europaratsausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen, hat dazu folgendes erklärt: "Es ist das Recht des Menschen, in Frieden zu leben, es ist das Recht, in Freiheit denken und reden zu dürfen, es ist das Recht des Menschen

seine Sprache zu lieben und in ihr seine Meinung ausdrücken zu dürfen. Es ist das Recht des Menschen, seine Heimat zu lieben - sei es die frühere oder die heutige\*. Wer dieses Recht ernst nimmt, muß auch das Recht des Nachbarn achten. Die Menschenrechte sind auch immer die Rechte der anderen Völker. Zu den Menschenrechten gehört auch die Menschenwürde. Denken wir dabei an die historische Leistung der deutschen Arbeiterbewegung, durch die es möglich wurde, einst rechtlosen Arbeitsklaven die elementaren Rechte jedes Menschen zu erkämpfen.

Auch das deutsche Volk, das nach dem Zweiten Weltkrieg gegen seinen Willen geteilt wurde und heute in zwei Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung lebt, hat Anspruch auf das nationale Selbstbestimmungsrecht. Die Bundesregierung und die sie tragende sozialliberale Koalition haben nie das politische Ziel aus dem Auge verloren, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem auch das deutsche Volk seine Einheit in freier Selbstbestimmung wiedererlangen kann.

Durch die Verträge mit dem Osten einschließlich der DDR ist die Grenze innerhalb Deutschlands sowie zwischen den politischen Blöcken durchlässiger geworden. Damit bewahren wir die Einheit der Nation und tragen zur Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn bei. Vieles ist seit 1969 möglich geworden, wozu vorher niemand gedacht oder geglaubt hat. So bleibt als Fazit zum "Tag der Heimat": Wir müssen den Blick in die Zukunft richten, ohne jedoch die Vergangenheit zu vergessen. Wie das aktuelle Geschehen in der Welt zeigt, hat es mit Vertreibungen und Verfolgungen noch längst kein Ende. Wenn der "Tag der Heimat" als Mahnung für alle verstanden wird, an der weltweiten Ächtung von Verfolgungen, Vertreibungen, nationaler und sozialer Diskriminierung mitzuarbeiten, so hat er nach wie vor seine Bedeutung.

(-/13.9.1976/va/pr)

+ + +

### Über alles Trennende hinweg

#### Fazit einer politischen Reise nach Warschau

Da auch der Deutsche Bundestag nach dem Besuch des 1. Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), Edward Gierek, in der Bundesrepublik einen Beitrag zur Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen leisten wollte, hat er der wissenschaftlichen Bibliothek des Posener West-Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften die dort noch fehlenden Drucksachen und Protokolle seiner ersten vier Legislaturperioden zur Verfügung gestellt. Im Rahmen einer schlichten Feierstunde Übergab der Hamburger SPD-Bundestagsabg. Dr. Claus Arndt dem Direktor des Instituts, Prof. Dr. habil. Lech Trzebiakowski, die Materialien und hielt anschließend vor den Mitgliedern des Instituts einen Vortrag über die politischen und juristischen Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen von 1970 bis 1976. Eine lebhaft Diskussions schloß sich an, die zwar auch gegensätzliche Meinungen, aber vor allem das auf beiden Seiten vorhandene Bestreben erkennen ließ, über alles Trennende hinweg zu normalen und unbefangeneren Beziehungen auch zwischen den Menschen beider Völker zu kommen.

Dabei zeichnete sich nicht nur in der schon sprichwörtlichen polnischen Gastfreundschaft, sondern noch stärker in den politischen Stellungnahmen und Gesten das große polnische Interesse an einer Verbesserung und Vertiefung der Beziehungen beider Völker und Staaten nach der wohl schrecklichsten Katastrophe ab, die beide gemeinsam in ihrer langen und wechselvollen Geschichte erlitten haben. Dies wurde noch deutlicher durch den relativ hohen Rang der polnischen Partner, die sich für die politischen Gespräche zur Verfügung stellten, die Dr. Arndt abschließend in Warschau führte. Hier ist zunächst der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Sejm, Abg. Ryszard Frelek, zu nennen, der zugleich auch der für Fragen der Außenpolitik zuständige Sekretär des Zentralkomitees der PVAP ist. Aber auch der amtierende Außenminister Czyrek stand mehr als eineinhalb Stunden ebenso zur Verfügung wie anschließend der Direktor des Außenpolitischen Instituts, Prof. Marian Dobrosielski, der in der Bundesrepublik besonders als Polens KSZE-Chefdelegierter bekanntgeworden ist und der Polen in Kürze auf der UN-Generalversammlung in New York vertreten wird. Prof. Dr. Ludwig Gelberg, der als Völkerrechtsexperte der Polnischen Akademie der Wissenschaften in-

ternational renommiert ist, lud den SPD-Politiker zu einem Disput über dessen 1973 veröffentlichtes Buch über "Die Verträge von Moskau und Warschau" ein.

Im Mittelpunkt aller Gespräche stand der entschlossene Wille beider Seiten, nicht nur an der friedenssichernden Politik der Entspannung festzuhalten, sondern auch die Überzeugung, daß zur Sicherung der bisher erzielten politischen Ergebnisse die militärische Ergänzung der Entspannung unverzichtbar ist. Mehr und verstärkte auch parlamentarische Begegnungen und Initiativen sollen nach der Wahlentscheidung in der Bundesrepublik der Unterstützung dieses Zieles dienen. Die polnische Seite erwartet Fortschritte bei den Wiener MBFR-Verhandlungen allerdings erst dann, wenn die beiden Atomkräfte USA und UdSSR sich auf ein zweites SALT-Abkommen geeinigt haben werden. Über die Gleichrangigkeit aller "Körbe" der KSZE-Schlußakte bestand volle Einigkeit. Abg. Frelek wies besonders auch auf die Notwendigkeit hin, den Korb II durch praktische Zusammenarbeit aller europäischen Länder auf Gebieten wie denen des Umweltschutzes oder des Verkehrs zu realisieren.

Besonderen Rang nahmen in den Gesprächen außerdem neben innenpolitischen Fragen der Versorgung und der Preise die Probleme der Umsiedlung von Deutschen ein. Alle polnischen Gesprächspartner betonten die feste Absicht Polens, seine unbestrittenen Verpflichtungen loyal zu erfüllen. Der amtierende Außenminister wies jedoch darauf hin, daß in den letzten Monaten bis zu 40 vH der erteilten Ausreisegenehmigungen besonders in ländlichen Gebieten nicht zur sofortigen Ausreise genutzt worden seien. Man vermute daher, daß Bauern erst noch ihre Ernte hätten einbringen oder andere noch einmal Ferien in Polen hätten machen wollen. So sei im Herbst voraussichtlich mit überdurchschnittlich hohen Ausreisen aus Polen in die Bundesrepublik zu rechnen.

(-/13.9.1976/vd/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller